



# DIE ZEIT

EIN TEIL DER LEGENDE:  
Das Zertifikat des „C.O.S.C.“  
Beleg für das Absolvieren eines  
15 Tage und Nächte dauernden  
extremen Testverfahrens. Wie  
Sie es von einem Chronometer  
erwarten dürfen.

WOCHENZEITUNG HAFT • WISSEN UND KULTUR



## Unheimlich schön

Der Rausch in Schwarz-Rot-Gold ist befreiend, schreibt Christoph Amend.  
Eine Täuschung, meint der Maler Markus Lüpertz. Typisch, findet  
Susanne Gaschke, die Deutschen fühlen immer in Extremen  
LEBEN SEITE 56/57

Foto: Axel Köster für DIE ZEIT (Fußballfans auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg am 9. Juni)

### In jedem Mann steckt ein Kind

Bill Clinton, Heinz Rühmann und Prince Charles: Manche Männer werden nie erwachsen. Jan Ross über Anmut und Abgründe des ewigen Jungen

WAS IST MÄNNLICH?  
ZEIT-SERIE (II)  
POLITIK S. 8



### Johann Sebastian Superstar

Er bleibt das Fundament aller Musik: Bachs Werke berühren jeden, sie sind die meistgespielten auf der Welt. Porträt eines Universalgenies

EMANUEL ECKARDT DOSSIER S. 11

# Hauptsache, gemeinsam

Familie ist nicht nur da, wo Kinder sind – wie man das Ehegattensplitting ändern könnte VON ROBERT LEICHT

Wer Familienpolitik betreibt, muss aufpassen, dass er über seinen Planungen am Reißbrett nicht die Lebensgefühle und Seelenlage der Betroffenen aus dem Auge verliert. Sonst handelt er sich bald großen Ärger ein. Wer in den persönlichen Lebensverhältnissen Leitbilder durchsetzen oder verändern will, sollte sich also an der Erfahrung orientieren, die andere vor ihm gemacht haben.

Aus dem Geist des verstandeskühlen Planens wollte nämlich schon die junge sozial-liberale Koalition zu Beginn der siebziger Jahre das Scheidungsrecht reformieren. Nach dem Scheitern einer Ehe hätten die endlich emanzipierten Frauen (und Männer) für sich allein zurechtzukommen müssen, auch finanziell. Doch eine einzige *stern*-Kolumne von Sebastian Haffner brachte dieses Vorhaben schroff zu Fall. Unter der Überschrift *Unfair zu Muttern* hatte Haffner scharf und einfühlend zugleich getadelt, dass dieses Schreibisch-Projekt keine Rücksicht nahm auf die Finanzen und Gefühle der Beteiligten, schon gar nicht auf die »Muttern« aus den »Hausfrauen-Ehen«, die auch heute wieder gern schief angesehen werden. Es dauerte dann noch vier Jahre, bis ein tragbarer Kompromiss zwischen tradierten Einstellungen und modernen Anforderungen gefunden war.

Ähnlich könnte es all denen ergehen, die jetzt glauben, sie könnten in der Familienpolitik mit einem Federstrich umsteuern, und zwar mit folgendem Ziel: Die steuerliche »Begünstigung« der Ehen, vor allem der kinderlosen, soll kräftig gekappt werden zugunsten der Familien – auf dass der Staat mit dem erhofften zweistelligen Milliardenbonus den Kindersegen fördern und steigern könne. Steuertechnisch ausgedrückt, hieße das: Familiensplitting statt Ehegattensplitting. Was auf dem Papier so schön klingt, würde jedoch, wenn die Sache nicht vorher am Widerstand der Finanzpolitiker und des Verfassungsrechts scheiterte, zu einem Aufstand vieler Ehepaare führen. Dabei ginge es nicht einmal um das Geld allein – obwohl man schon kräftig hinstellen müsste bei den einen, um den anderen etwas zu geben. Es ginge außerdem um die gewollte Abwertung der einen Lebensform zugunsten einer anderen. Diese würde von all jenen, deren »traditionelles« Ehe auf einmal als Auslaufmodell gelten und schärfer besteuert werden soll, auch als Kränkung empfunden. Und jeder politische Psychologe weiß, dass die Zurückgesetzten stets heftiger reagieren als die vom Staat Begünstigten. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass über die Veränderung des Ehegattensplitting schon seit Helmut Kohls erster Regierungserklärung geredet wird, erst recht seit dem Wechsel zu Rot-Grün – dass aber bisher niemand gewagt hat, an dieser Steuerschraube zu drehen, sei es aus Furcht, sei es aus besserer Einsicht.

Muss deshalb der neue Diskurs über das Ehegattensplitting und die bessere Förderung der Eltern mit Kindern, verheiratet oder alleinerziehend, der diesmal von den jüngeren Politikern in der CDU angestiftet worden ist, wiederum ausgehen wie das Hornberger Schießen? Keineswegs! Voraussetzung dafür ist aber, dass das Projekt nicht zu ideologischen Grabenkämpfen führt und dass es gelingt, zum Ziel zu kommen, ohne Millionen von Wählern zu verprellen, am Ende für doch eher wenige Milliarden Euro. Vor allem aber müssen das Ziel und die Zielkonflikte deutlich geklärt werden. Nur ein Beispiel: Geht es um das Wohl des einzelnen Kindes – oder geht es um Bevölkerungspolitik? Im einen Fall muss die massive Förderung beim ersten Kind einsetzen. Will man jedoch Bevölkerungspolitik betreiben, so muss man der Tatsache Rechnung tragen, dass die Zahl der kinderlos Bleibenden sich über die Jahrzehnte nicht groß verändert hat. Der demografische Knick geht vielmehr darauf zurück, dass die allermeisten Eltern sich mit einem Kind oder deren zwei begnügen, anstatt – wie früher – deren drei, vier oder fünf aufzuziehen. Wer daran etwas ändern wollte, müsste also, wie in Frankreich, erst beim dritten Kind mit der nachhaltigen Unterstützung beginnen. Sofern sich Bevölkerungspolitik überhaupt zielgerecht steuern lässt.

Eines aber würde jeden Fortschritt blockieren: eine gedankenlos fortgesetzte Polemik gegen die

so genannte Hausfrauen-Ehe und das Ehegattensplitting als solches. Anders als das populäre Vorurteil es will, ist die Splittingtabelle eben nicht erfunden worden, um die »Hausfrauen« vom Arbeitsmarkt fern zu halten und an den heimischen Herd zu führen, sondern ganz im Gegenteil: Das Bundesverfassungsgericht hat eine solche Regelung 1957 gerade deshalb verlangt, damit der Gesetzgeber nicht schnöde die aus der NS-Zeit stammende steuerliche Bestrafung der berufstätigen Frauen fortsetzt, die – so Karlsruhe damals – ausdrücklich die Absicht verfolgt hatte, »die Frau vom Arbeitsmarkt« zu verdrängen. Im Übrigen ging es den Richtern stets nur darum, Eheleute nicht schärfer zu besteuern als Ledige. Auch diese Norm zöge jeder Neuregelung noch heute deutliche Grenzen.

Was also tun? Im Kern geht es um ein doppeltes Ziel: Der Staat muss in einer Zeit pluralisierter Lebensformen – von der traditionellen Familie über die Patchwork-Familie bis zur gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft – darauf verzichten, den Menschen vorzuschreiben, wie sie (zusammen-)leben wollen. Das heißt, die Freiheit der Wahl zu respektieren. Und er muss in Zeiten der zunehmenden Vereinzelung – innerhalb und zwischen den Generationen – die Zellen der gemeinsamen Verantwortung stärken. Das aber heißt, dauerhafte Solidarität zu fördern. Und dies auch zur Entlastung des Staates und zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Wo immer Menschen auf Dauer, also auf Treue und gegenseitige Verantwortung verbindliche Existenzgemeinschaften bilden, auch auf der Basis nachteiliger Solidarität im Falle des Scheiterns, wird das Gesamteinkommen dieser Gemeinschaften nach der Zahl ihrer Mitglieder besteuert. Je mehr Menschen von diesem Einkommen leben, desto niedriger die Besteuerung pro Kopf.

Geschichtlich betrachtet, wäre dies der Rückgriff auf die »Haushaltsbesteuerung« aus dem frühen 19. Jahrhundert – freilich korrigiert um einen möglichst ideologiefreien Begriff von »Haushalt«, der eben der frei gewählten Pluralität der Lebensformen gleichmäßig Rechnung trägt. Und im Ländervergleich betrachtet, wäre dies die konsequente Fortsetzung dessen, was in Frankreich mit dem *Pacte civil de solidarité* (PACS) schon begonnen wurde – nämlich der Anerkennung anderer Lebensformen neben der herkömmlichen Ehe, und zwar ohne deren ideologische Abschiebung aufs gesellschaftliche Alttenteil.

Das mag vorerst noch wie Zukunftsmusik klingen – und erst recht den Widerstand der Finanzminister provozieren. Aber wenn es schon keine schnelle Lösung geben kann, warum dann nicht gleich eine richtige?

Audio [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)

# Generation jetzt

Deutschlands neue Spitzenmanager setzen sich radikal von ihren Vorgängern ab. Ein Beispiel für die Politik? VON UWE JEAN HEUSER

Keine Spur mehr vom Herrn Generaldirektor: Sie sind locker und freundlich, sie lachen gern mal. Sie ziehen das Jackett aus und legen selbst mit Hand an. Aber sobald es irgendwo in ihren Unternehmen nicht läuft, schlagen sie zu. Erst kommen die harten Renditevorgaben, dann werden Jobs gestrichen oder ganze Firmenteile abgestoßen.

Klaus Kleinfeld, der bei Siemens gerade das Kommunikationsgeschäft samt 32 000 Mitarbeitern ausgliedert, ist nur ein Beispiel. Michael Diekmann macht derzeit die Allianz schlanker und schlagfertiger, Konflikte mit den Arbeitnehmern eingeschlossen. Nicht anders verfährt Dieter Zetsche bei Mercedes. Und Wolfgang Bernhard, Leiter der VW-Marken, will gar das deutsche aller Autos, den Golf, weit weg von Wolfsburg bauen, wenn die Kosten im Stammwerk nicht drastisch sinken.

Schnell und radikal lösen die neuen Chefs Probleme, die ihre Vorgänger hinterlassen haben. Das versucht jede neue Generation. Doch diese ist anders. Sie übt immerfort Druck auf die eigenen Leute aus und misst sich mit den besten Konkurrenten. Gemunkel im Hinterzimmer ist den Chefs von heute ein Gräuel, soll ruhig jeder wissen, was sie wollen. Und was sie verdienen.

Es ist kein Zufall, dass sich diese Manager allesamt einen Namen als Sanierer in den USA machten. Sie haben kein Problem mit dem Kapitalismus angelsächsischer Art, den fremde Geldgeber, Fonds und Analysten in Deutschland etabliert haben. »Ich will keinen Aktionär, der schützend die Hand über uns hält«, sagt Dieter Zetsche.

Die neue Chef-Generation verkörpert das Ende der Deutschland AG, in der sich die Konzerne und ihre Herren gegenseitig halfen, hielten und zur Not auch deckten. Sie will nicht zulassen, dass – wie bei VW – Nachlässigkeiten und Selbstgefälligkeiten irgendwann das gesamte Unternehmen gefährden. Und selbst wenn sich alle bemühen, garantieren sie nichts – wie Klaus Kleinfeld, der fern der Deutschland AG einen Deal mit dem finnischen Nokia-Konzern geschlossen hat. »Größe gleich Gewinn« war seine in diesem Fall plausible Rechnung, dafür hat er die Führung den Finnen abgetreten. »You have to earn your lunch every day«, würde er sagen.

Es wäre falsch, den Managern in Stuttgart oder München Analystenhörigkeit zu unterstellen. Auch das Chemieunternehmen Altana will sein Pharmageschäft abspalten, weil ohne Partner die Gewinne sinken – und das wird von einem Spross der Quandt-Familie kontrolliert, ist also dem Kapitalmarkt nicht ausgeliefert. Doch das hohe Veränderungstempo gilt für alle.

Deutschlands Politiker könnten von dieser Garde manches lernen. Zuallererst, dass sie Probleme nicht liegen lassen sollten, weil sie dann bloß wachen. Dass sie Konflikte austragen. Dass sie, beispielsweise im Gesundheitswesen, erst einmal für Effizienz sorgen, bevor sie Geld nachschießen.

Die neuen deutschen Chefs festigen gerade das Fundament für eine wachsende und jobhaltige Wirtschaft: profitable und effiziente Unternehmen. Die eigentliche Bewährungsprobe liegt aber noch vor ihnen. Sie selbst gefallen sich als Pragmatiker – als Vollstrecker des ökonomisch Unausweichlichen also. Und in der Tat muss VW die Kosten drücken, muss die Allianz international denken, muss Mercedes seine Verwaltungsmehrere Handlungsmöglichkeiten bieten, auch wenn die Stimmung am Kapitalmarkt nur noch eine zuzulassen scheint.

So müssen die Neuen erst beweisen, dass sie ein Ganzes aufbauen können, das größer ist als die Einzelteile. Dass sie voller Überzeugung »Nein« sagen können zu Anlegern, die eine langfristige Investition ablehnen. Dass sie unterscheiden können, wann sich der Kampf um einen Unternehmensteil lohnt und wann man ihn aufgeben muss. Kleinfelds Vorgänger Heinrich v. Pierer machte einst Verluste mit der Medizintechnik. Und doch hielt er an der Medizin fest. Einer seiner Sanierer hieß Klaus Kleinfeld. Die Sparte ist heute bei Siemens die profitabelste.

Siehe auch WIRTSCHAFT, S. 18 UND 23  
Audio [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)



### So beginnt die Karriere

Wie man sich bei der EU bewirbt.  
Was bei Unternehmensberatern zählt.  
Wo Überzeugungstäter einen Job finden **CHANCEN-SPEZIAL**

ZEIT Online GmbH: [www.zeit.de](http://www.zeit.de); ZEIT-Stellenmarkt: [www.jobs.zeit.de](http://www.jobs.zeit.de)  
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg  
Telefon 040/-32 80-0; E-Mail: [DieZeit@zeit.de](mailto:DieZeit@zeit.de), [Leserbriefe@zeit.de](mailto:Leserbriefe@zeit.de)  
Abbonentenservice:  
Tel. 0180-52 52 909\*, Fax 0180-52 52 908\*, E-Mail: [abo@zeit.de](mailto:abo@zeit.de)  
\*) 0,12 €/Min. aus dem deutschen Festnetz



## Schwarz-Rot-GEW

Die Franzosen wollen mit dem »unreinen Blut« der *aristos* »der Äcker Furchen tränken«, die Amerikaner freuen sich über »der Raketen roten Schein« und die »berstenden Bomben« so fein, wenn sie in ihrer Hymne den Sturm auf die Bastille bzw. den Halbsieg über die Briten im Krieg von 1812 zelebrieren. Dagegen sind die Deutschen Softies. Sie besingen die Gärtnerkunst (»blüh im Glanze«), die Freude an der Verwandtschaft (»brüderlich mit Herz und Hand«) und den deutschen Fleiß (»lasst uns alle streben«). Auch die Trittschneckenordnung wird gelobt, nämlich mit dem poetischen Wort von »des Glückes Unterpand«, welches dem Germanisten Walter Jens wie eine »Flasche leer« (Trapattoni), also als unverstehlich erscheint.

Haben wir noch etwas vergessen? Ja, »Einigkeit und Recht und Freiheit«. Das ist werpolitisch absolutistischer, wie die Lehrergewerkschaft GEW dahinter Nationalismus & Leitkultur wittert. Doch ist das viel friedlicher, als die »stinkenden Fußstapfen« der Verräter mit »Blut auszuwaschen« (US) oder »An die Waffen, Bürger!« (F) zu brüllen. Weiß die GEW nicht, wie viele Deutsche Schwarz-Rot-Gold für den Vereinswimpel der deutschen Elf halten? Warum ärgert sich die GEW, wenn alle anderen sich freuen?

Wagen wir diese Deutung: Die 260 000 MitgliederInnen der GEW sorgen sich um das deutsche Vater- und Mutterland. Das ist auch richtig so, ziehen doch täglich marodierende Germanen durch die Städte und grölen »von der Maas bis an die Memel«. Im Visier der GEW marschieren die beflaggten Lupus wie »Tiger« mit dem Balkenkreuz auf. Der Sieg gegen Polen beschwört 1939 herauf, und wenn's gen England geht, dräut »Operation Seelöwe, Teil II«. Gut, dass unsere Lehrer noch das Geschichtsbewusstsein haben, das den Kids abgeht. Noch besser: Zumindest deren Führung hat sich in einem Paralleluniversum verirrt, das mit Deutschland 06 so viel zu tun hat wie »über alles mit »Einigkeit und Recht und Freiheit«. Zur Therapie muss GEW-Chef Thöne ins Stadion, wenn Ballack und Lahm wieder spielen. Für jeden Jubelruf gib's einen Klaps mit dem Lineal.

JOSEF JOFFE

## Der Fall Fu

In zwei Jahren ist die Welt zu Gast in China. Für die kommunistische Partei sind die Olympischen Spiele eine gigantische Werbeaktion. Für Umweltschützer und Menschenrechtler sind sie eine einmalige Chance, ihre Anliegen vor ausländischen Reportern vorzubringen:

Welches Risiko sie dabei eingehen werden, zeigt der Fall des Bauern Fu Xiancai: Fu hatte in einem Interview mit einem ARD-Korrespondenten das Staudammprojekt am Jangtse kritisiert und war daraufhin auf der Straße zusammengeschlagen worden. Seither liegt er im Krankenhaus und wird wohl nie mehr laufen können.

Schlagtruppen gegen Dissidenten, Haft für kritische Journalisten, Zensur des Internet – das gehört zu den neueren Repressionsmethoden des chinesischen Staates. Denn die Macht-haber wissen, dass ihnen bei der rasanten Fahrt in den Kapitalismus samt Korruption und Umweltkatastrophen eine Welle von Protesten ins Haus steht. Bei aller berechtigten Kritik an der Menschenrechtspolitik der alten Supermacht USA: Langsam sollte die internationale Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit auf die aufstrebende Supermacht China lenken.

Ob Fu Xiancai seine Zivilcourage überleben wird, ist noch nicht sicher. Sein Zustand, so die ARD Anfang dieser Woche, hat sich erheblich verschlechtert.

ANDREA BÖHM

## Opfergerecht

Recht ist nicht dasselbe wie Gerechtigkeit, und Unrecht lässt sich auch durch die beste Rechtsordnung nur bedingt ahnden: Das ist die Tragik der Wiedervereinigung, die von den Opfern der SED-Diktatur schmerzlich empfunden, aber von den Regierenden kaum bemerkt worden ist. Fast sechzehn Jahre lang schliefen sie den Schlaf der Selbstzufriedenheit, selten aufgeschreckt von den Klagen der Opferverbände, die sich nicht abfinden wollten mit den Freisprüche der Mauerschützen, der Unantastbarkeit stalinistischer Exrichter, den hohen Renten für verdiente Bonzen der DDR. Nun könnte den politischen Häftlingen doch noch symbolische Anerkennung zuteil werden. Sie sollen eine monatliche »Opferpension« oder »Ehrenrente« bis zu 500 Euro erhalten, nachdem sie zuvor mit einer Pauschale pro Haftmonat abgespeist worden waren. Ein Gesetzesentwurf liegt als Bundesratsantrag vor, CDU und SPD seien sich einig – so hieß es in den Gedenkappellen zum 17. Juni. Aber werden die Sachwalter der Nachwenderepublik den Gesetzesentwurf vor der Sommerpause durchboxen? Danach wäre eine symbolische Verurteilung der Täter fällig: etwa durch das Eingeständnis, dass die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley nicht ganz falsch lag, als sie klagte: »Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen.«

EVELYN FINGER

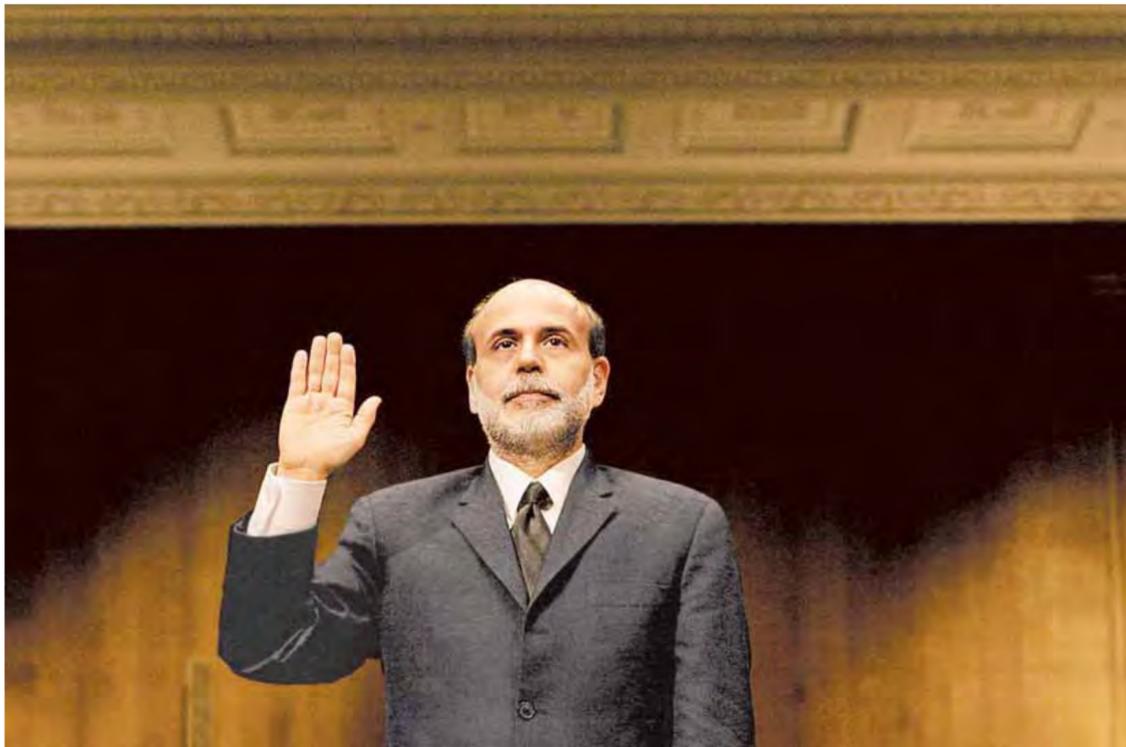


Foto: Larry Downing/Reuters/Corbis

Als Chef der amerikanischen Notenbank hat Benjamin Bernanke einen schwerwiegenden Charakterfehler: Er ist nicht langweilig genug. So sehen es zumindest seine Kritiker. Seit der Ökonomieprofessor aus Princeton im Februar als oberster Hüter des Dollars antrat, löste er gleich mehrfach panische Wellen von Verkäufen und Käufen an den Börsen aus.

Anfang des Monats erklärte er, er wolle »wachsam« die Inflation im Auge behalten – das ging wie ein Donnerschlag auf die Märkte nieder. Der amerikanische Börsenindex rutschte auf sein Rekordtief seit dem Hurrikan Katrina. Als er am vergangenen Donnerstag die Auswirkungen hoher Ölpreise auf die amerikanische Inflation für »im Rahmen« befand, begab sich ein Teil der Kapitalmärkte umgehend auf einen euphorischen Höhenflug. So gierig hängen Händler und Spekulanten an den Lippen eines amerikanischen Notenbankchefs, dass Bernankes Vorgänger Alan Greenspan am Ende meist in Rätseln sprach.

Die große Aufmerksamkeit ist freilich verständlich: Der Chef der amerikanischen Notenbank (kurz: Fed) ist die mächtigste Person an den internationalen Finanzmärkten. Wie hoch oder wie niedrig die Federal Reserve ihre Zinsen setzt, entscheidet über die Geschäfte aller derer, die mit Dollars arbeiten. Je höher die Zinsen, desto schwerer können sich Unternehmer Investitionskredite besorgen, desto teurer werden Hypotheken für Hausbauer, desto kostspieliger wird das Überziehen eines Girokontos oder die Nutzung einer Kreditkarte. Der Einfluss des Notenbankchefs geht weit darüber hinaus, denn der Großteil internationaler Geschäfte wird in Dollar abgerechnet, und viele kleinere Volkswirtschaften binden ihre eigenen Währungen fest an den Dollar. Und selten geht es der Weltkonjunktur gut, wenn die wirtschaftliche Großmacht USA kränkelt.

Ben Bernanke stellt sich dieser Verantwortung ganz anders als sein Vorgänger Alan Greenspan, und das ist kein Versehen. Bernanke hatte nie viel von der geheimnisvollen »Fedspeak« des von vielen gefeierten Mr Dollar gehalten, jenen Andeutungen zur Lage der Wirtschaft, die nur die Kremlinologen unter den Beobachtern amerikanischer Wirtschaftspolitik zu deuten wussten. »Zentralbankiers glauben lange daran, dass ihre Aktivitäten eine gewisse Mystik umgab«, hatte Bernanke (im Januar 2004) spöttisch bei einem Treffen der American Economic Association erklärt. »Größere Offenheit ist eine willkommene Entwicklung«, sagte er damals.

**Jetzt hält er sich daran.** Die Ansprachen und Grußworte des Notenbankchefs Bernanke sind präzise gegliedert und professoral vorgetragen und auch für ökonomische Laien klar verständlich. Für James Hamilton von der University of California in San Diego gehören sie zu den »feinsten Analysen der Wirtschaftslage, die man im Augenblick finden kann«. Mystik hat bei ihm keinen Platz. Bernanke hat sich vorgenommen, so weit wie möglich schon im Voraus Ziele für Inflation und Wachstum bekannt zu machen.

Dieser neue Stil hat viel mit der Persönlichkeit des neuen Chefs zu tun. Gerne pflegt er seinen Ruf als Ökonomieprofessor mit Leib und Seele, als gelehrter Vollbartträger mit Sinn für Humor und Hang zu Eigenwilligkeiten. Als Bernanke im Juni 2005 zu einem kurzen Gastspiel als ökonomischer Berater George W. Bushs nach Washington zog, gab er schnell zu Protokoll, dass das Tragen dunkler Anzüge für ihn »das größte Opfer« der Umstellung sei. Ebenso gern erzählte er von einem Rüffel durch den Präsidenten, weil Bernanke weiterhin beigefarbene Socken trug (er kaufte dann für den ganzen Beraterstab beigefarbene Socken).

Bernanke hat gewichtige Gründe dafür, mehr Offenheit bei der Notenbank zu wagen. Er ist davon überzeugt, dass Vorhersagbarkeit langfristig mehr Vertrauen bei Unternehmern, Börsenhändlern und anderen schafft. Ein Notenbankchef solle berechenbar sein, glaubt Bernanke: Ein aufmerksamer Beobachter der amerikanischen Wirtschaft solle selbst vorhersagen können, wie die Herren in der Fed über neue Kennziffern denken. Dann könne er auch selbst ausrechnen, wie die nächste Zinsentscheidung ausfällt und müsse sich weder auf kryptische Hinweise aus Washington noch auf einen Persönlichkeitskult um den Fed-Chef einlassen. Die meisten akade-

## Benjamin Shalom Bernanke

13. Dezember 1953 geboren in Augusta, US-Bundesstaat Georgia

1979 bis 2005 lehrt er Ökonomie und Geldpolitik an der Stanford University, New York University und zuletzt an der Princeton University. Verfasst mehrere ökonomische Standardlehrwerke

2002 bis 2005 Mitglied des Board of Governors der amerikanischen Notenbank

2005 bis 2006 Ökonomischer Berater von Präsident Bush

Seit 1. Februar 2006 Chairman of the Board of Governors der US-Notenbank (Notenbankchef)

mischen Geldexperten teilen Bernankes Ansicht – der äußerst erfolgreiche Alan Greenspan war schon seit Jahren ein Außenseiter in der Zunft.

Bernankes Kompetenz in solchen geldpolitischen Fragen ist unumstritten. Er hat eine akademische Karriere an den besten Universitäten der USA absolviert, über Geldpolitik geforscht, Lehrbücher verfasst, eine Zeit als Chefredakteur des angesehenen Fachjournals *American Economic Review* verbracht. Die Anwendung seiner Theorien in die Praxis freilich fällt auf einen besonders ungünstigen Zeitpunkt. Die amerikanische Wirtschaft wächst weniger schnell als noch vor ein paar Monaten, das teure Öl hat die Inflation in die Höhe getrieben, und diese Mischung (Stagflation) bereitet Ökonomen traditionell besonders große Kopfschmerzen. Pessimisten rechnen so: Der Immobilienboom an den amerikanischen Küsten sei vorbei, die Aktien gefallen, die amerikanischen Verbraucher, deren eifriger Konsum bislang die Konjunktur in Schwung hielt, könnten aus Angst vor der Zukunft das Kaufen einstellen. Dann würden sie wie in einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung den Dollar und den Rest der Weltkonjunktur in die Tiefe reißen. Bernanke weiß genau, dass Türme aus Aktien, Anleihepapieren und Geldscheinen von einem Moment auf den nächsten einen Großteil ihres Werts verlieren können. Als Doktorand am Massachusetts Institute of Technology hatte Bernanke den Börsencrash von 1929 und die Große Depression untersucht.

**Nun aber sorgt ausgerechnet Bernanke** – der so gerne klar verstanden werden möchte – für Verwirrung. »Wir sind in jener unangenehmen Phase, in der sich die Märkte daran gewöhnen, dass Bernanke seine Meinung geradeheraus sagt«, glaubt Alan Blinder, ein Ökonom aus Princeton und ehemaliger Vizechef der Notenbank. Als er einer CNBC-Journalistin Ende April ein paar belanglose Kommentare darüber zu steckte, dass er sich von den Märkten falsch verstanden fühle, machte der Sender umgehend eine Spitzennachricht daraus. Die Börsenkurse rasten steil nach unten, und sogar Bernanke bezeichnete das Gespräch mit Bartimoro später als »Fehlentscheidung«.

Umgekehrt ging es auch nicht gut, als sich Bernanke wenig später selbst an einer verbalen Verschlussschaltung à la Greenspan versuchte. »Es ist einigermaßen klar, dass die US-Wirtschaft in eine Phase des Übergangs eintritt«, verkündete Bernanke am 5. Juni bei einer Konferenz in Washington. Das wurde ihm zu Recht als eine Art Ratlosigkeit ausgelegt. Bernanke hatte sagen wollen, dass er auf die nächsten Wirtschaftsdaten warte, um sich ein genaueres Urteil über die Inflation zu bilden. Das ließ sofort Alan Greenspan und dessen Aura der überlegenen Allwissenheit vermissen. Bernanke »sollte einfach den Mund halten«, riet Allan Meltzer, Ökonomieprofessor an der Carnegie Mellon University in Pittsburgh.

Bernankes Problem ist sein Temperament. Das zeigt sich beim Kampf gegen die Inflation. Frisch gebackene Notenbankchefs müssen üblicherweise härter gegen Preissteigerungen durchgreifen als bereits etablierte »Inflationbekämpfer«. Doch Bernankes ausführliche, wohl balancierte Ausführungen zur Wirtschaftslage wurden an den Börsen falsch interpretiert: Der Mann sei eine »Taub«, ein Laissez-faire-Notenbankchef, dem die Bekämpfung der Inflation nicht genug am Herzen liege. Bernanke hielt rhetorisch dagegen, erhöhte die Zinsen kräftig, doch schafft er so neue Gefahren. »Überzieht die Fed?«, fragen sich Straßengänger an der Wall Street und fürchten, die straffen Zinserhöhungen könnten die Konjunktur abwürgen.

Sollten die Pessimisten Recht behalten und der Kollaps der Märkte unvermeidlich werden, so könnte sich Benjamin Bernanke wenigstens in guter Gesellschaft wähen. Alan Greenspan steuerte die Notenbank 1987 nur zwei Monate nach seinem Amtsantritt durch den »Schwarzen Montag« – jenen 19. Oktober, an dem die Börse zusammenbrach, Faustkämpfe auf dem Parkett ausbrachen und Händler über das Ende der Welt jammerten. Greenspan bewahrte in seiner Feuertaufe die Ruhe, senkte schnell die Zinsen und überredete die Banken zu großzügiger Kreditvergabe. Die Legende Greenspan war geboren. Für Bernanke und den Rest der Welt bleibt zu hoffen, dass sich noch andere – langweiligere – Arten der Legendenbildung finden.

Weitere Informationen im Internet: [www.zeit.de/finanzen](http://www.zeit.de/finanzen)

**Amerikas Notenbankchef Benjamin Bernanke ist der wohl mächtigste Mann der Weltwirtschaft. Doch hat er das Geschick, um sie vor dem Kollaps zu retten?**  
VON THOMAS FISCHERMANN

## WORTE DER WOCHE

»Wollen Sie diesen Job wirklich haben?«  
**Tony Snow**, Sprecher des Weißen Hauses, an die Adresse möglicher Nachfolger des kürzlich von den Amerikanern im Irak getöteten Terroristenführers Abu Musab al-Sarqawi

»Gut, Sie zu sehen.«  
**Nuri al-Maliki**, irakischer Regierungschef, zum US-Präsidenten Bush bei dessen Überraschungsbesuch in Bagdad

»Insgesamt betrachten wir dieses Paket als einen Schritt nach vorn.«  
**Mahmud Ahmadineschad**, iranischer Präsident, über das internationale Angebot aus Anreizen und Drohungen gegenüber seinem Land im Atomkonflikt

»Man kann nicht fordern, dass die Menschen das Gesetz beachten sollen, wenn man es selbst bricht.«  
**Wladimir Putin**, russischer Präsident, über Spekulationen, er werde entgegen der Verfassung ein drittes Mal für das Amt kandidieren

»Wenn es zu einer Duell-Situation kommt, machen meine Soldaten hoffentlich keinen Unterschied zwischen Kindersoldaten und Soldaten.«  
**General Karlheinz Viereck**, Kommandierender der EU-Militäroperation zum Schutz der Wahlen im Kongo, an der auch deutsche Soldaten beteiligt sein werden

»Unser Mandat ist auf den Raum Kinshasa beschränkt. Dort sind keine Kindersoldaten.«  
**Franz Josef Jung**, Verteidigungsminister, zu General Vierecks Äußerung

»Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich dann jeden Morgen bei einer Behörde zum »Gemeinschaftsdienst« melden und werden dort zu regelmäßiger, gemeinnütziger Arbeit eingeteilt.«  
**Stefan Müller**, arbeitsmarktpolitischer Obmann der Unionsfraktion im Bundestag (CSU), zu seinem Vorschlag eines »Gemeinschaftsdienstes für Langzeitarbeitslose«

»De facto ist Müllers Vorstoß ein Rückgriff auf den Arbeitsdienst im Dritten Reich.«  
**Petra Pau**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, zum selben Thema

»Jetzt müssen die Unternehmen das Ihre tun, damit die berufliche Pause nicht das berufliche Aus bedeutet.«  
**Angela Merkel**, Bundeskanzlerin, nach dem Kabinettsbeschluss zum Elterngehd, das eine Unterbrechung der Berufstätigkeit zur Kindererziehung fördert

»So langsam werden wir ungeduldig.«  
**Jürgen Thumann**, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, über das Reformtempo der Bundesregierung

»Glauben Sie nicht Zeitungsartikeln, glauben Sie mir.«  
**Peer Steinbrück**, Finanzminister, mit Blick auf Berichte, die Bundesregierung könne auch 2007 den europäischen Stabilitätspakt nicht einhalten

»Ich habe das Glück, zwei Leidenschaften zu haben, die mir beide wichtig erscheinen.«  
**Bill Gates**, Gründer des Software-Unternehmens Microsoft, zu seiner Entscheidung, sich aus dessen Tagesgeschäft zurückzuziehen, um sich auf seine Stiftung zu konzentrieren

»Jetzt kommen die Spiele, wo es wirklich um alles geht und wo wir uns gar keine Fehler erlauben können.«  
**Jürgen Klinsmann**, Bundestrainer, nach dem WM-Sieg der deutschen Mannschaft gegen Ecuador

»Es gibt sicherlich auch mal eine Phase, wo es nicht so gut läuft, wo man vielleicht mal in Rückstand gerät, und da braucht man sie noch mehr.«  
**Michael Ballack**, Kapitän der deutschen Mannschaft, über die begeistertsten Fans

## ZEITSPIEGEL

### Werbepremie

Was bei der Suche nach neuen Zeitungsabonnenten oder Mitgliedern von Fitness-Studios längst üblich ist, wird zunehmend auch beim britischen Militär hoffähig: Werbepremien als Anreiz bei der Rekrutierung. 1300 Pfund kann ein Soldat von nun an bekommen, der einen Freund für den Dienst an der Waffe begeistert. Schon vergangene Weihnachten gab es eine ähnliche Aktion. Mit mäßigem Erfolg, meldeten sich in sechs Wochen doch nur 110 Rekruten. Noch immer fehlen der Armee rund 2000 Soldaten, und so wurde die Prämie nun verdoppelt. Möglich, dass das Personalproblem so behoben werden kann. Wahrscheinlicher jedoch ist, dass ein gegenläufiger Einfluss sich als stärker erweist: Eltern wollen wegen all der blutigen Bilder aus dem Irak ihre Kinder nicht beim Militär sehen. Diese Entwicklung erscheint der Armee jedenfalls bedeutsam genug, um ihr einen eigenen Namen zu geben – Offiziere nennen es den *mum factor*. **KUH**

### Ausgezeichnet

Bartholomäus Grill, Afrika-Korrespondent der *ZEIT*, erhält den Wolfgang-Koeppen-Literaturpreis 2006 der Hansestadt Greifswald, des Geburtsorts des 1996 verstorbenen Schriftstellers Koeppen. Die Auszeichnung wurde auf Vorschlag des letzten Preisträgers vergeben, des Autors Ludwig Fels. In dessen Begründung heißt es, Grill leiste, indem er sich des Kontinents Afrika annehme, einen exzellenten Beitrag für die Literatur, den Journalismus und, vor allem, für den so genannten Schwarzen Kontinent. **DZ**



Blockieren die Bundesländer entschieden Regieren? Oder garantieren erst sie eine bürgernahe Demokratie? Die geplante Föderalismusreform heizt einen alten Streit neu an:

# Brauchen wir mehr Zentralismus?

Der deutsche Föderalismus entwickelt immer stärker einen Zug ins Dadaistische. In dieser Woche ließen sich die Länder nach ausdauernder Abwehrlacht vom Bund Gelder für die Hochschulen aufzwingen, Gelder, die sie allerdings dringend brauchen.

Noch mehr als das Absurde sticht bei den Ländern das Opportunistische hervor. Jürgen Rüttgers sagte in der vergangenen Woche mutig nein zu der Mehrwertsteuererhöhung, die auch er mitbeschlossen hat, nach der sein hoch verschuldetes Land lechzt und die er vom 1. Januar 2007 an lächelnd einstreichen wird.

Von solchem Föderalismus kann man wirklich nicht genug kriegen. Und tatsächlich, wir bekommen jetzt noch mehr davon. Zum zweiten Mal ist es den Ländern dieser Tage gelungen, eine Frage für sich zu entscheiden, die gar nicht gestellt war. 1992 war das erste Mal. Da war lediglich ihre Zustimmung zum Maastricht-Vertrag gefragt, doch sie schlugen für sich einen ganzen Wust von Mitspracherechten auf EU-Ebene heraus. Bis heute schwächt das die deutsche Verhandlungsposition in Brüssel, ohne den Bundesländern wirklich zu helfen. Dafür haben die 16 deutschen Landesfürsten nicht mehr nur in ihren jeweiligen Landeshauptstädten und in Berlin feine Palais und Palästen, sondern auch noch in Brüssel.

Und nun macht die Gelegenheit noch einmal Diebe. Die Blockadepolitik des Bundesrates hat in den vergangenen Jahren zum Verzögern und Verunstalten von Reformen sowie zur Auflösung politischer Verantwortung geführt. Wie dieser Spuk mittels einer Föderalismusreform beendet werden kann, das, man muss es in Erinnerung rufen, war die Frage. Die irrwitzige Antwort aber lautet: Noch mehr Macht für die Länder! Zwar verlieren sie in einigen Bereichen Zustimmungsrechte, was ihnen jedoch durch ein üppiges Abweichungsrecht vergolten wird: Der Bund darf Recht setzen, die Länder dürfen es konterkarieren. Doch nicht nur das, beim Strafvollzug und in der Bildung konnten die Länder ihre Kompetenzen noch einmal ausweiten, ohne dabei – und das ist entscheidend – so viel Einspruchsrechte aufzugeben, dass es ihnen künftig verwehrt wäre, solche Tänze wie bei der Agenda 2010 aufzuführen. Vieles ist künftig nicht mehr zustimmungspflichtig – nur alles Wichtige bleibt es.

Der Föderalismus ist zu einem Anreizsystem geworden für Quertreiberei, Wichtigtuerei und Eitelkeit. Es sind ja an sich keine schlechten Kerle, diese Becks und Rüttgers und Stoibers. Es ist das System, welches sie zum Chaotisieren verleitet. Ein System allerdings, das sie und viele ihrer Vorgänger mit Fleiß ausgebaut haben. Denn in Wahrheit stär-

ken die Zustimmungsrechte im Bundesrat und in Brüssel weniger die Länder, geschweige denn die Länderparlamente, als deren Ministerpräsidenten. Sie dürfen überall den Bund erpressen. Ihre Geisel ist die Zeit, Zeit, die es heute unter extrem verschärften Wettbewerbsbedingungen nicht mehr gibt. Was sie dafür verlangen, ist Geld, von dem der Bund immer weniger hat.

Die Anmaßung wohnt dem Amt des Ministerpräsidenten heute inne. Die Länderparlamente sind schwach, die Debatten dort oft niveaulos. Da sind fast alle Ministerpräsidenten mit ihren professionellen und voluminösen Apparaten relative intellektuelle Leuchten, kleine Großmächte. Was ihnen indes rasch verloren geht, ist Selbstkritik, innerhalb ihrer Kanzleien verstummen die Gegenstimmen. Wenn die in Bundespolitik Ungeübten dann plötzlich in das ganz helle Licht nationaler Medien geraten, brechen sie leicht ein – siehe Edmund Stoibers Versuche, Kanzler oder Wirtschaftsminister zu werden.

Auf Bundesebene entwickelt sich aus der tiefen Kluft zwischen ihrer großen Blockade- und ihrer schwachen Gestaltungsmacht ebenjener Hang zur Obstruktion. Eine Bundesregierung hat nicht nur eine Opposition, sondern zusätzliche *sechzehn*. Etwas zu viel, nicht nur zum Durchregieren, sondern zum Regieren in schweren, schnellen Zeiten über-

**JA,**  
meint BERND ULRICH

haupt. Die Große Koalition bringt die Wahrheit über den Föderalismus ans Licht. Der Bundesrat blockiert nicht, weil er schwarz oder rot ist, den deutschen Reformstau verursachten weder Oskar Lafontaine (gegen Kohl) noch die Unionsmehrheit (gegen Schröder). Es ist der Föderalismus selbst, der sich im Bundesrat überparteilich quer legt, der Beutel schneidet und Bürokratie schafft.

Worauf gründet sich all diese Anmaßung? Auf demokratische Legitimation? Wenn Demokratie mehr als formal sein soll, dann muss sich Legitimation auch daran messen lassen, wie viel Aufmerksamkeit die Menschen der Politik real schenken. Da sieht es für die kommunale Ebene und den Bund gut, für die Länder sehr schlecht aus. Fast niemand kennt die meisten Landesminister, fast jeder kennt Ulla Schmidt, Horst Seehofer oder Wolfgang Schäuble. Die Ministerpräsidenten selbst kommen in den Medien nur dann geballt vor, wenn sie sich quer legen. Wenn überhaupt, dann identifizieren sich die Bürger mit der Bundespolitik, hier spielen sich die Dramen ab, hier führt Deutschland die großen Gespräche darüber, wohin es will.

Zudem verhält sich der Bundesrat nicht subsidiär wie eine Länderkammer, sondern wie ein Gegenparlament zum Bundestag. Dadurch wird seine innere Struktur zum Demokratieproblem. So wie der Föderalismus insgesamt die kleine Einheit zur

Blockade der großen verführt, so macht das Organ der Länder in sich die Kleinen noch mal zum Gerne-groß. Denn im Bundesrat hat etwa das Land NRW sechs Stimmen, das Saarland drei, obwohl das eine Land 18 Millionen Einwohner hat, das andere eine Million. Ein Saarländer hat also 8,55 mal so viel Einfluss wie ein Nordrhein-Westfale. Um die institutionelle Einladung zur Anmaßung noch klarer zu machen: Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern haben zusammen so viele Einwohner wie NRW, aber mehr als viermal so viele Bundesratsstimmen. Was als Garant von Vielfalt begonnen hat, musste bei so eklatanten Missverhältnissen im Laufe der Jahrzehnte zum Zentralkomitee des deutschen Partikularismus werden.

Oft wird der deutsche Länder-Kult damit gerechtfertigt, dass dort der politische Nachwuchs der Nation wachsen würde. Auch das stimmt immer weniger. Zum einen hat die Bundesebene mit Angela Merkel eine Kanzlerin hervorgebracht, die ihr Amt ohne Umweg über die Länder erreichte. Zum anderen zeigt der Fall Kurt Beck, dass ein Zuviel an Provinz in einer globalisierten Welt zum Ausschlusskriterium werden kann. Mit einer so schwachen Expertise in Sachen internationaler Politik lässt sich auf Dauer keine zentrale Verantwortung für den Exportweltmeister Deutschland beanspruchen. Es reicht heute eben nicht mehr, ein Gespür für das Ahrtal zu haben – auch wenn das wichtig bleibt –, man muss zugleich ein Gefühl für Asien mitbringen. Anders als in Frankreich leidet die politische Klasse hierzulande weniger an Abgehobenheit oder Arroganz als an einem Mangel an Brillanz und Weltgewandtheit.

Der Bund ist die politische Ebene, die am meisten demokratische Legitimation und öffentliche Aufmerksamkeit erheischt. Wer vermeiden will, dass die Bundesebene, die schon wegen der EU unvermeidlich operative Macht einbüßt, ausgehöhlt wird – und damit die Demokratie insgesamt –, der muss den Einfluss der Länder vermindern. Wer möchte, dass das Gemeinwohl gegenüber dem Partikularismus gestärkt wird, der muss das ebenfalls wünschen. Die Bundesrepublik Deutschland wird, das sagt schon der Name und das wollen fast alle, immer föderal bleiben. Aber sie kann sich nur behaupten, wenn die Macht der Länder abnimmt. Mit dem ersten Teil der Föderalismusreform wurde diese Chance vergeben, weil sich der Bund nicht einmal traute, das föderale Problem dieses Landes ernstlich aufzuwerfen. Bis zur Föderalismusreform zweiter Teil, der Neustrukturierung der Finanzbeziehungen, muss diese Diskussion eröffnet werden. Sonst werden die Länder zum dritten Mal eine Frage für sich entscheiden, die nie gestellt wurde: Wie können wir noch mehr Macht bekommen?



**NEIN,**  
meint MATTHIAS KRUPA

Die deutsche Geschichte kennt viele Beispiele für skandalöse Kleinstaaterei – und für verheerenden Zentralismus, ebenso für vernünftige Reformen von oben und nachhaltige Modernisierung von unten. Den deutschen Sozialstaat zum Beispiel hat der mächtige Reichskanzler Bismarck ins Werk gesetzt; die Spielregeln des Parlamentarismus wurden in der Paulskirche zwar beschworen, aber in den Einzelstaaten erprobt. Der Widerspruch zwischen Zentralmacht und Partikulargewalten ist in Deutschland konstitutiv gewesen für die Verfassung von Reich, Bund und Republik. Fast immer ging es um die Balance zwischen Einheit und Vielfalt, nur selten um ein hartes Entweder-oder. Der Föderalismus, so hat es der Historiker Thomas Nipperdey einmal formuliert, ist seit dem späten Mittelalter in Deutschland »eine Tatsache und ein Problem von erstangranger politischer Bedeutung«.

Eine Tatsache. Und ein Problem. Gewiss. Nur: Kann man das Problem, so wie es sich heute stellt, mit mehr Zentralismus lösen?

Am vergangenen Freitag stimmte in Berlin der Bundesrat, die Vertretung der Länder, über die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, die der Bundestag bereits beschlossen hatte. Elf der 16 Landesregierungen sagten ja, nachdem der Bundesfinanzminister vorher versprochen hatte, ihnen an einer anderen Stelle entgegenzukommen: Es geht um Geld, das der Bund den Ländern für den Nahverkehr überweist. Bereits im Vorfeld hatten die Länder durchgesetzt, dass ein Teil der Mehrwertsteuererhöhung in ihre Kassen fließt – und nicht, wie es einmal vorgesehen war, zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird.

Es war das übliche Geschacher. Unter dem Strich sogar ein eher harmloser Fall. Und doch zeigt das Beispiel, worum es in der Debatte über die notwendige Neuordnung unseres Staatswesens eigentlich geht: um Durchsichtigkeit und Zuständigkeit, um die Frage, wer wofür Verantwortung trägt und wer

für welche Entscheidungen haftbar gemacht werden kann. Und natürlich darum, wie die wirtschaftliche Dynamik entstehen soll, die notwendig ist, um Arbeitsplätze zu schaffen, die öffentlichen Haushalte zu sanieren und die Sozialsysteme zu sichern. Auf keine dieser Fragen liefert die Forderung nach mehr Zentralismus, wie sie, wen wundert's, vor allem in Berlin erhoben wird, eine hinreichende Antwort.

Ob Vogelgrippe oder Rechtschreibreform, der Hohn über die Kleinstaaterei hat Konjunktur – mindestens in der schwatzenden Klasse. Die normalen Bewohner dieses Landes hingegen hängen offensichtlich an ihren regionalen Identitäten, an Weißwürsten und Wattwürmern, und eben auch an den staatlichen Einheiten, die dazugehören.

Und in Wahrheit ist ja schon der Befund, der der Klage über zu viele Länderkompetenzen zugrunde liegt, falsch. Tatsächlich hat sich die Balance von Einheit und Vielfalt, von Bund und Ländern, wie sie im Grundgesetz 1949 angelegt war, in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verschoben. Aber: Nicht die Länder haben dabei gewonnen, sondern der Bund hat im Lauf der Zeit immer mehr Politikfelder an sich gezogen. Natürlich gibt es Aufgaben, für die der Bund ein eindeutiges Mandat braucht: Sicherheitspolitik und europäische Einigung gehören dazu, der Umbau der sozialen Sicherungssysteme, Umweltschutz und Energiesicherheit. Aufgaben, die vor keinen Grenzen Halt machen. Vieles andere ist weniger eindeutig.

Allzu oft nämlich verbarg sich hinter dem Ausgreifen des Bundes der fragwürdige Glaube an die Instrumente der zentralen Steuerung und Planung. Unter dem Strich ist den Ländern außer der Schul- und Teilen der Hochschulpolitik, dem Kommunalwesen sowie den Angelegenheiten der Polizei nur noch wenig übrig geblieben, worüber sie selbstständig entscheiden können. In vielerlei Hinsicht hat der Bund sie zu Verwaltungsbezirken erniedrigt. Das dürfte einer der Gründe dafür sein, dass die Beteili-

gung an Landtagswahlen stark zurückgegangen ist: Die Wähler haben ein feines Gespür dafür, ob ihre Stimme wirklich etwas entscheidet oder nur hilft, eine politische Kulisse auszumalen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind heute zu besichtigen: Weil die Landesparlamente nur noch wenig zu sagen haben, mischen sich die Ministerpräsidenten mit immer mehr Elan in die Bundesangelegenheiten, schließlich sogar in die europäische Politik ein. Dabei handelt es sich allerdings um eine Art Notwehr oder jedenfalls um einen Reflex. Einen Ausweg aus dieser »Verflechtungsfalle« (Fritz W. Scharpf) wird es nur geben, wenn die Verflechtungen gelockert und die Zuständigkeiten klarer getrennt werden. Das heißt vor allem: wenn die Landesparlamente wieder mehr entscheiden können. Wohlgermerkt: die Parlamente! Dieser Gedanke steht hinter der umstrittenen Föderalismusreform – nicht die Selbstermächtigung großwahn sinniger Provinzfürsten.

Und die Europäische Union? Zwingt sie die Mitgliedsstaaten nicht geradezu zur Konzentration? Wie will ein Land in Brüssel mitreden, wenn es mit 16 Stimmen spricht? Das Argument ist richtig – und führt doch nur wieder zu derselben Antwort: Die Zuständigkeiten müssen geklärt, die Kompetenzen verbindlich verteilt werden. Zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten, zwischen dem Bund und den Ländern.

Einheit und Vielfalt: Die EU zoomt die Probleme des deutschen Föderalismus auf europäisches Format. Eine Zentrale, die immer mehr an sich zieht; eine Bürokratie, die immer mächtiger wird; Politik, die sich dem Blickfeld der Bürger zunehmend entzieht. Muss man vielleicht die Exekutive in Berlin stärken, um der Exekutive in Brüssel besser Paroli bieten zu können? Nein! Zentralismus kann man nicht mit Zentralismus bekämpfen, Bürokratie nicht mit Bürokratie. Man kann sich nicht gleichzeitig darüber lustig machen, dass Brüssel die Größe von Kondomen festlegt – und fordern, dies

müsse künftig unbedingt in Berlin geschehen. Es stimmt ja, auch der deutsche Föderalismus bringt Kuriositäten hervor. Meistens allerdings nicht, weil die Länder zu viel, sondern weil sie zu wenig Freiheiten haben. Warum sollen Bayern, Bremen und Brandenburg nicht darum Wettfeiern, wer Studenten und Professoren die besten Arbeitsbedingungen bietet? Warum sollen besonders gute Beamte nicht von Kiel nach Stuttgart gelockt werden können – oder umgekehrt? Warum soll Hessen nicht ausprobieren dürfen, ob es bessere Ideen für die Betreuung von Arbeitslosen hat als der Bund?

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat in der *Süddeutschen Zeitung* unlängst daran erinnert, dass Einheitlichkeit kein Wert an sich sei. »Der Leitwert in einem freiheitlichen Gemeinwesen heißt Vielfalt«, so Herzog. »Wo immer es möglich ist, 16 Lösungsansätze auszuprobieren, da ist die Chance, die beste Lösung zu finden, 16-mal größer als bei einer Einheitslösung.« *Best practice* heißt dieses Prinzip, ganz unideologisch.

Die Rechnung mit dem Wettbewerb klingt einfach. Was den Ländern allerdings fehlt, um ihn zu verwirklichen, sind die finanzpolitischen Voraussetzungen. Zwar verfügen die Länder mehr oder weniger autonom über ihre Ausgaben, doch die Einnahmen können sie kaum beeinflussen. Der Bund bestimmt die Steuern, an denen die Länder partizipieren – und macht sie damit zu Kostgängern. Hierin liegt eine der größten Schwächen des deutschen Föderalismus. Um sie zu beheben, brauchen die Länder mehr Rechte, nicht weniger. Ein zweiter Teil der Föderalismusreform, die Modernisierung der Finanzverfassung, soll daher folgen.

Zu oft haben die Bürger in Deutschland heute schon das Gefühl, Politik finde weit weg statt und folge eigenartigen, eigenen Gesetzen. Zentralismus könnte diese Entfremdung nur verschlimmern. Was der föderalen Demokratie hilft, sind allein klar durchschaubare Zuständigkeiten vor Ort.